

Antrag

des Finanzministeriums

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Schreiben des Finanzministeriums vom 5. September 2001 Nr. 5–3261/2:

Das Finanzministerium hat den Landtag zuletzt mit Schreiben vom 8. Mai 2000 (DS 12/5192) über die wirtschaftliche Situation der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen und den Stand der Neuordnung der Landesbeteiligungen im Bäderbereich informiert. Über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen wird nachstehend berichtet.

Die landesbeteiligten Bäder und Kurunternehmen waren und sind von den Auswirkungen der Gesundheitsreform und der negativen Entwicklung des Bäder- und Kurwesens nach wie vor – wenn auch unterschiedlich intensiv – betroffen. Überwiegend ist jedoch – trotz aller Schwierigkeiten – eine positive Tendenz zu verzeichnen, die auch über den Tag hinaus Bestand erwarten lässt. Dies gilt zum einen für Baden-Baden und Bad Mergentheim, im Besonderen aber auch für Bad Wildbad, das trotz der bekannten widrigen Umstände seit dem letzten Bericht eine gute Entwicklung genommen hat. Sorgen bereitet demgegenüber nach wie vor Badenweiler, das für dieses und die nächsten beiden Jahre noch mit erheblichen strukturellen Problemen zu kämpfen hat; auch danach wird eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation voraussichtlich nur schrittweise zu erreichen sein.

Im Einzelnen wird zu den landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen Folgendes mitgeteilt:

Baden-Baden

Die BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg verwaltet die auf sie übertragenen Beteiligungen an den Bäderbetrieben in Badenweiler, Bad Mergentheim und Bad Wildbad. Weiter vermietet sie die Räumlichkeiten im Kurhaus. In den eigentlichen Bäder- und Kurbetrieb ist sie operativ nicht mehr eingeschaltet.

Die Situation der BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg stellt sich derzeit wie folgt dar:

Jahr	Jahresergebnisse in Mio. DM	Zahl der Mitarbeiter
1995	- 0,55	57
1996	- 5,01	55
1997	+ 3,04	53
1998	- 0,48	51
1999	- 0,29	48
2000	+ 0,61	45

Die wirtschaftliche Situation der BKV hat sich nachhaltig verbessert. Die BKV geht davon aus, dass auch in den nächsten Jahren positive Ergebnisse erzielt werden können. Im Vorbericht wurde auf die Fremdverschuldung, die aus umfangreichen Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen vor allem in den Jahren 1995 und 1996 herrührten, hingewiesen. Entsprechend dem vom Landtag gebilligten Vorschlag des Finanzministeriums werden zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten Erlöse aus Grundstücksveräußerungen in Höhe von 6,8 Mio. DM, die ursprünglich zur weiteren Tilgung der Kongresshauskredite vorgesehen waren, verwendet. Im 2. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2000/2001 ist eine entsprechende Aufstockung der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen beantragt worden. Mit den für die Zukunft zu erwartenden Jahresüberschüssen ist die BKV in der Lage, die Restverbindlichkeiten Schritt für Schritt zu tilgen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Neuordnung der BKV zu einer guten Struktur in Baden-Baden geführt hat. Die BKV wird in Zukunft ihre Aufgaben aus eigener Kraft erfüllen können.

Angemerkt wird schließlich, dass die Vereinbarung mit der Stadt Baden-Baden über die finanziellen Ausgleichsleistungen des Landes infolge der Neuordnung der ehemaligen BKV in dem vom Landtag gebilligten Rahmen für weitere 10 Jahre verlängert wurde.

Bad Wildbad

Die Situation in Bad Wildbad stellt sich derzeit wie folgt dar:

Jahr	Zahl der Übernachtungen	Zahl der medizinischen Kurmittelabgaben	Jahresergebnisse in Mio. DM	Verlust pro Übernachtung	Zahl der Mitarbeiter
1995	433.342	88.664	- 3,96	9,14	103
1996	418.835	77.200	- 3,54	8,45	93
1997	365.952	44.610	- 4,50	12,3	86
1998	359.246	40.937	- 4,05	11,27	72
1999	344.091	36.012	- 3,42	9,94	63
2000	341.355	29.335	- 2,71	7,94	55

Anm.: Der jährliche Landeszuschuss beträgt seit Jahren 4 Mio. DM

Bad Wildbad gehört zu den Kurorten, die besonders stark von den Maßnahmen der Gesundheitsreformen betroffen waren, zumal es besonders vom privaten Gast abhängt. Dennoch hat sich die rückläufige Tendenz der Übernachtungszahlen abgeschwächt. Einer Trendwende steht nach wie vor entgegen, dass das vorhandene private Bettenangebot zum Teil nicht den Ansprüchen des Gastes entspricht und bislang nicht ausreichend Ersatzangebote gemacht werden können, die zu steigenden Übernachtungszahlen führen. Hinzu kommt auch die problematische topografische Lage des Ortes. Viele infrastrukturelle Maßnahmen sind, wie berichtet, abgeschlossen (Umgehungstunnel, Verkehrsberuhigung). Eine Aufwertung wird die Innenstadt durch die Anbindung an die Stadtbahn nach Pforzheim erfahren.

Der strikte Sparkurs der Gesellschaft hat dazu geführt, dass das Jahresergebnis 2000 auf – 2,71 Mio. DM reduziert werden konnte. Hierzu trug insbesondere die Verlegung der Kurmittelabteilung ins Thermalbad mit anschließender Stilllegung des Neuen Eberhardsbades bei; daneben haben sich – in geringerem Umfang – auch bilanzpolitische Maßnahmen ausgewirkt. Weiter trug zur Verlustreduzierung die positive Entwicklung des Palais Thermal bei. Die Erlöse des 1995 sanierten Bades konnten von 1,27 Mio. DM (1996) auf 1,52 Mio. DM (2000) gesteigert werden. Die Besucherzahlen haben weiter steigende Tendenz. Es zeigt sich, dass die Sanierung der richtige Weg war.

Eine weitere Entlastung der Gesellschaft wird im Zusammenhang mit der Lösung der künftigen Verwendung/Verwertung landeseigener Gebäude angestrebt. Erste Schritte waren die Veräußerung des ehemaligen Kurtheaters und des Gebäudes der ehemaligen Hochbauleitung für das Staatsbad Wildbad. Das ehemalige König-Karls-Bad (Haus des Gastes) soll in den nächsten Jahren saniert werden. Weitere Einspareffekte könnten mittelfristig mit der Verlegung der Verwaltung der Gesellschaft in das Haus des Gastes – nach dessen Sanierung – erzielt werden. Das Verwaltungsgebäude könnte dann nämlich veräußert werden. Die Sana-Kliniken haben Erwerbsinteresse bekundet. Sie möchten an seiner Stelle eine Klinikerverweiterung errichten. Die Verhandlungen sind weitgehend abgeschlossen. Dieses Vorhaben stößt auf kommunaler Seite allerdings auf Widerstand, weil man dort im kurörtlichen Kernbereich die Errichtung einer Klinik nicht wünscht. Die Stadt hat auf Grund einer Veränderungs-sperre eine beantragte Baugenehmigung abgelehnt.

Eine neue Nutzung für das stillgelegte Neue Eberhardsbad konnte bislang nicht gefunden werden. Das Gebäude ist inzwischen bundesweit zum Verkauf ausgeschrieben worden, nachdem der Gemeinderat eine Konzentration und Zusammenlegung der Stadtverwaltung in das Neue Eberhardsbad, das unmittelbar an das Rathaus angrenzt, abgelehnt hat. Die Ausschreibung hat bislang allerdings noch zu keinen verwertbaren Ergebnissen geführt.

Das landeseigene Badhotel soll verkauft werden. Die Verhandlungen sind weit vorangeschritten.

Ungelöst ist nach wie vor die Zukunft der ebenfalls landeseigenen „Trinkhalle“. Hier strebt das Finanzministerium einen Abriss des aus Landessicht nicht mehr benötigten Gebäudes mit Gesamtkosten von etwa 1,2 Mio. DM an. Die Stadt hat Interesse an der Übernahme des Gebäudes. Sie denkt nach Umbau an eine Nutzung als Bürgerzentrum oder Festspielstätte. Die Stadt erwartet für das Vorhaben aus dem Landessanierungsprogramm einen Zuschuss von 1 Mio. DM. Weitere Kosten inklusive der Betriebskosten für mehrere Jahre in Höhe von ca. 4 Mio. DM soll ebenfalls das Land übernehmen. Eine eigene Beteiligung sieht die Stadt nicht vor. Diese Vorstellungen der Stadt sind aus der Sicht des Finanzministeriums nicht akzeptabel, weil überzogen und unter Haushaltsgesichtspunkten nicht realisierbar.

Der Gemeinderat von Bad Wildbad hat jüngst eine Veränderungssperre beschlossen, die sowohl die Trinkhalle als auch das Verwaltungsgebäude umfasst. Dies hat zur Folge, dass beide Vorhaben des Finanzministeriums bis auf weiteres nicht realisiert werden können. Dies hat zu erheblichen Irritationen mit der Stadtverwaltung geführt. Gegenwärtig wird versucht, in Kontaktgesprächen die verhärteten Fronten aufzuweichen.

Die Gesellschaft wird weiterhin mit einem Landeszuschuss von jährlich 4 Mio. DM auskommen. Zwar verfügt die Gesellschaft derzeit noch über gewisse finanzielle Reserven, diese werden jedoch benötigt, um die Ausstattung des Haus des Gastes nach seiner Sanierung finanzieren zu können. Ein möglicher Verkauf des landeseigenen Badhotels und des Verwaltungsgebäudes

wird für das Land zu Veräußerungserlösen führen. Auch wird der Haushalt in Zukunft entlastet werden, weil größere Sanierungsmaßnahmen über den Haushalt nicht mehr finanziert werden müssen. Andererseits aber werden der Gesellschaft keine Mieteinnahmen mehr zufließen. Dies wiederum wird sich auf das Jahresergebnis auswirken.

Bad Mergentheim

Die Situation in Bad Mergentheim stellt sich derzeit wie folgt dar:

Jahr	Zahl der Übernachtungen	Jahresergebnisse in Mio. DM	Verlust pro Übernachtung	Zahl der Mitarbeiter
1995	1.032.600	- 2,75	2,66	63
1996	975.000	- 2,65	2,72	64
1997	683.965	- 4,29	6,27	63
1998	738.700	- 3,78	5,12	58
1999	751.421	- 3,42	4,55	56
2000*	795.422	- 4,15	5,21	56

* vorläufige Werte

Anm.: Der jährliche Landeszuschuss beträgt seit Jahren 1,8 Mio. DM

Die Kurverwaltung Bad Mergentheim GmbH, an der das Land über die BKV neben der Stadt Bad Mergentheim und dem Landkreis Main-Tauber-Kreis zu einem Drittel beteiligt ist, profitiert – wie bereits erwähnt – von den positiven Entwicklungen in der Gesundheitspolitik in den letzten zwei Jahren, was sich in stark gestiegenen Übernachtungszahlen widerspiegelt. Die wirtschaftliche Situation hat sich trotz Kostensteigerungen stabilisiert. Bei der Beurteilung der Jahresfehlbeträge ist zu beachten, dass das Ergebnis 2000 von außerordentlichen Einflüssen geprägt ist (z. B. unverhältnismäßig hohe Gebäudeinstandhaltungen). Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen, insbesondere was die Übernachtungszahlen anbelangt, wird der Jahresfehlbetrag im Schnitt auf dem durchschnittlichen Niveau der letzten drei Jahre verharren.

Bad Mergentheim wird weiterhin mit dem jährlichen Landeszuschuss von 1,8 Mio. DM auskommen.

Badenweiler

Die Situation in Badenweiler stellt sich derzeit wie folgt dar:

Jahr	Zahl der Übernachtungen	Zahl der medizinischen Kurmittelabgaben	Jahresergebnisse in Mio. DM	Verlust pro Übernachtung	Zahl der Mitarbeiter
1995	660.420	62.527	- 1,08	1,64	65
1996	630.296	49.654	- 1,16	1,84	62
1997	519.959	35.641	- 2,02	3,88	54
1998	506.766	34.443	- 0,99	1,95	52
1999*	507.927	-	- 2,30	4,53	70
2000*	529.136	-	- 2,03	3,82	53

* fusionierte Gesellschaft

Anm.: Der jährliche Landeszuschuss betrug bis 1999 1,0 Mio. DM, für 2000 und 2001 wurde er um 0,5 Mio. DM erhöht.

Bei der Betrachtung der Ergebnisentwicklung ist zu berücksichtigen, dass die ehemalige Landesgesellschaft 1998 einen einmaligen Buchgewinn in Höhe von rund 0,5 Mio. DM zu verzeichnen hatte. Dieser resultierte aus dem Verkauf der gesellschaftseigenen Tiefgarage im Jahre 1998.

Wie bereits früher berichtet, verschmolzen rückwirkend zum 1. Januar 1999 die beiden Badenweiler Gesellschaften, die ehemalige Bäderbetriebsgesellschaft Badenweiler mbH und die Kur- und Touristik GmbH Badenweiler, zur neuen Badenweiler Thermen und Touristik GmbH, an der das Land über die BKV noch mit 25,1 % beteiligt ist.

Im Jahr 2000 konnte, was die Zahl der Übernachtungen anbelangt, eine positive Tendenz festgestellt werden. Positiv entwickelt haben sich auch die Erlöse der Cassiopeia-Therme und des Römisch-Irischen Bades, die beide durch laufende Modernisierungen in den letzten Jahren spürbar an Attraktivität gewonnen haben. Hier konnte eine Erlössteigerung von 2,74 Mio. DM (1996) auf 3,24 Mio. DM (2000) verzeichnet werden. Dieser positive Effekt schlug sich allerdings im Jahresergebnis nur unzureichend nieder, weil er von anderweitigen Einnahmeausfällen und zusätzlichen Belastungen überlagert wird.

Im Bericht vom 8. Mai 2000 (DS 12/5192) wurde die finanzielle Situation der Badenweiler Gesellschaft ausführlich dargestellt, die nach damaliger Einschätzung eine vorübergehende Aufstockung des Landeszuschusses um 500.000 DM jährlich (zuzüglich Aufstockung vonseiten der Gemeinde um jährlich 125.000 DM) notwendig und ausreichend erscheinen ließ. Mit diesen Beträgen werden sich, wie sich nunmehr zeigt, die finanziellen Herausforderungen der Gesellschaft in den nächsten Jahren nicht meistern lassen. Verantwortlich für den deutlich höheren Finanzbedarf sind zum einen die nach wie vor unzureichenden Übernachtungszahlen. Wurden 1990 noch 744.660 Übernachtungen gezählt, waren es 2000 nur noch 529.136. Zum anderen ist eine Verbesserung auch in diesem Jahr wegen umfangreicher Sanierungsmaßnahmen im Kuppelbad – dort muss dringend die Verglasung komplett ausgetauscht werden – nicht zu erwarten. Weitere Einbrüche sind während der Sanierung des Lindebades in der Zeit von Frühjahr 2002 bis Anfang 2004 zu erwarten. Die seit Ende letzten Jahres stark gestiegenen Energiekosten haben sich darüber hinaus stark auf das Ergebnis ausgewirkt. Die Gesellschaft rechnet damit, dass sich der Finanzbedarf in den Jahren 2001 bis 2004 zwischen 2,0 Mio. DM und 3,3 Mio. DM bewegen werden. Allein durch die umfangreiche Bautätigkeit bedingt, die mit der Sanierung des Lindebades verbunden ist, rechnet die Gesellschaft während dieser Zeit mit einem Anstieg des Defizits um rd. 1 Mio. DM jährlich.

Wie bereits erwähnt, soll die Sanierung des Lindebades im Frühjahr 2002 beginnen. Das ursprüngliche Sanierungskonzept, das vorsah, dass sowohl die Kurmittelabteilung wie auch der Wellnessbereich im Lindebad untergebracht wird, wurde geändert. Die Kurmittelabteilung verbleibt nunmehr im Kurmittelhaus II, dem ehemaligen Schwarzwaldhotel, was den dortigen Mietern ermöglicht, ihr Angebot auszuweiten. Im Lindebad wird allein die Wellnessabteilung untergebracht werden, was dem Erlebnischarakter des Bades insgesamt sehr entgegenkommt.

Um Sparpotenziale in der Gesellschaft auszuloten und Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit zu suchen, wurde ein Unternehmensberater mit der Untersuchung der Gesellschaft beauftragt. Er kommt zum Ergebnis, dass in der Gesellschaft keine nennenswerten Einsparpotenziale, insbesondere nicht im Personalbereich, gegeben sind. Hauptverantwortlich sind danach strukturelle Gründe, die vor allem im Umfeld der Gesellschaft zu suchen sind. So hat Badenweiler eine zeitlich eingeschränkte Saison. Die Hotelstrukturen genügen qualitativ nur zum Teil noch den heutigen Anforderungen. Insbesondere für jüngere Gäste ist das Angebot unzureichend. Alle am kurörtlichen Geschehen interessierten Kreise in Badenweiler müssen deshalb an einer Struktur arbeiten, die neue und insbesondere jüngere Gäste mittelfristig

nach Badenweiler zieht. Eine spürbare Verbesserung der Kostenstruktur und Steigerung der Effizienz der Gesellschaft könnte insbesondere in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den umliegenden Bädern Bad Bellingen und Bad Krozingen erwachsen. Hier bieten sich in erster Linie Kooperationen im Bereich Veranstaltungen und Marketing an. Insoweit werden derzeit auf Veranlassung des Finanzministeriums im politischen Raum die Möglichkeiten ausgelotet, inwieweit die benachbarten kommunalen Bädergesellschaften hierzu bereit sind. Um die innerörtliche Investitionsbereitschaft zu fördern, fand daneben in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministeriums und der L-Bank im Juli 2001 eine Informationsveranstaltung statt, in der die privaten Betreiber über geförderte Finanzierungsmöglichkeiten informiert wurden. Die Resonanz vor Ort war groß.

Mit der im Jahr 1999 begonnenen Privatisierung des Bereichs Krankengymnastik, die im Jahr 2000 mit der Privatisierung der Bereiche Massage, Naturfango und medizinische Bäder abgeschlossen wurde, sind realisierbare Einsparmöglichkeiten umgesetzt worden. Auf die Ergebnisentwicklung wirkt sich dies aber eher längerfristig aus: In einigen wenigen Fällen ist es zwar gelungen, qualifizierte Mitarbeiter zu günstigen Konditionen für ein sog. Management Buy Out zu gewinnen. Im Wesentlichen aber können die Personalaufwendungen nur zeitversetzt reduziert werden, weil das vormalig bei der Kurmittelabgabe eingesetzte Personal wegen der überwiegend gegebenen Unkündbarkeit noch bis auf weiteres in anderen Bereichen beschäftigt werden muss.

Aus den dargestellten Gründen wird sich der Zuschussbedarf für Badenweiler in den Jahren 2001 bis 2003 auf jährlich bis zu 3 Mio. DM belaufen. Für 2004, das ist das erste volle Betriebsjahr nach Inbetriebnahme der sanierten baulichen Einrichtungen, besteht erstmals wieder begründete Aussicht auf einen spürbaren Rückgang des Defizits. Die Beteiligten vor Ort – das ist im Wesentlichen die Gemeinde Badenweiler – haben ihre Finanzierungsbeiträge von jährlich 250.000 DM für die Jahre 2000 und 2001 um jeweils 125.000 DM aufgestockt. Zu einer Aufstockung für die besonders kritischen Folgejahre sehen sie sich jedoch nicht in der Lage. Die Gemeinde Badenweiler verweist dabei auf ihre fehlende Finanzkraft und die Verantwortung des Landes für die Einnahmeausfälle auf Grund der – von allen Beteiligten vor Ort geforderten – Baumaßnahmen.

Das Finanzministerium hat im Rahmen des 2. Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2001 und des Staatshaushaltsplans 2002/03 eine entsprechende Aufstockung des Zuschusses für Badenweiler vorgesehen. Die Deckung soll im Rahmen der Verwendung der Spielbankerträge erfolgen. Die Mittel werden nur in dem Maße in Anspruch genommen, in dem sie zur Abdeckung des Finanzbedarfs benötigt werden. Die Erhöhung des Zuschusses an die Badenweiler Gesellschaft soll mit folgenden Maßgaben verknüpft werden:

- Die Beteiligten vor Ort – das ist realistischerweise in erster Linie die Gemeinde Badenweiler – leisten in einem vertretbaren Umfang weiterhin ergänzende Finanzierungsbeiträge, solange der Landeszuschuss den seitherigen Betrag von jährlich 1 Mio. DM übersteigt.
- Die Landeszuschüsse werden ab 2004 stufenweise so zurückgeführt, dass dann auf mittlere Sicht der seitherige Zuschuss von jährlich 1 Mio. DM nicht mehr überschritten wird; die hierzu notwendigen haushaltsmäßigen Vorgaben erfolgen zu gegebener Zeit durch den Haushaltsgesetzgeber.
- Sollte eine Realisierung dieser Vorgaben auf Grund der tatsächlichen Entwicklung nicht durchsetzbar sein, ist zu prüfen, ob der Verbleib in der ge-

meinsamen Badenweiler Betriebsgesellschaft weiter Sinn macht oder ob sich das Land nicht besser stellt, wenn es sich auf Verwertung, Verwaltung und Betrieb der landeseigenen Immobilien und Einrichtungen beschränkt.

Beschlussvorschlag:

Der Landtag wolle beschließen, von dem Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen sowie von der dargestellten weiteren Vorgehensweise zustimmend Kenntnis zu nehmen.

In Vertretung
Rückert
Staatssekretär